

Kommunalwahlen in Frankreich

Heller Stern am grünen Polithimmel Die Ärztin Michèle Rubirola, neues Stadtoberhaupt von Marseille

Pandemie und geringe Wahlbeteiligung

Mitte März fand der erste Wahlgang der Kommunalwahlen statt trotz Ausbruch der Corona-Pandemie und des Lockdowns für ganz Frankreich.

Dieses Schreckensszenario ist sicherlich eine der Ursachen für die Enthaltung von nahezu 65 % der Wähler*innen zu einem Zeitpunkt, als von Tag zu Tag steigende Infektionszahlen und Todesfälle bekannt wurden. Das Krisenmanagement der französischen Regierung erschien chaotisch und panisch: zunächst sollte das Tragen von Masken nicht helfen (*weil nicht ausreichend Masken vorhanden waren!*), in gleichem Atemzug wurde für das ganze Land quasi eine Ausgangssperre verhängt.

Als verheerend sollten sich in den nächsten Wochen die Auswirkungen eines kaputtgesparten Gesundheitssystems mit völlig unzureichender Zahl an Pflegekräften usw. zeigen, in dem neben ungenügender Virenforschung auch ein ausreichender Vorrat an Schutzkleidung und Atemschutzmasken fehlte. Dies gilt im übrigen auch für Deutschland, wo der Schwerpunkt politisch ebenso auf Wirtschaftlichkeit und nicht auf Krankheitsvorsorge gesetzt ist.

Entsprechend gibt es hier zwar für den Krisenfall eine Öl- und Lebensmittelreserve, aber eine viel zu geringe Krankenhaus- und „Gesundheitsreserve“.

Frankreich zählt in Europa zu den von der Pandemie besonders betroffenen Ländern. So ist bis zum Sommer 2020 die Todesrate der am Virus erkrankten um ein fünffaches höher als in Deutschland, gemessen an der Bevölkerungszahl.

Diese massive Verunsicherung der Menschen hat sicher dazu beigetragen, dass Ende Juni beim zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen (erforderlich dort, wo im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit erreicht wurde), noch weniger Menschen (41%) zur Urne gingen.

Ein weiterer zentraler Grund für die geringe Wahlteilnahme ist sicherlich der Frust vieler über die Politik Macrons und die Aussichtslosigkeit einer kurzfristigen Veränderbarkeit.

Im ersten Wahlgang wurde bereits deutlich, dass bei diesen Wahlen, die auf nationaler Ebene durchgeführt werden (alle Kommunen wählen zum gleichen Zeitpunkt), die Partei von Präsident Macron, La République en Marche (LaREM), starke Stimmenverluste hat hinnehmen müssen und sich vor allem nicht lokal hat verankern können.

Streikbewegungen gegen die Sozialpolitik Macrons

Die landesweiten sozialpolitischen Streikbewegungen in den ersten drei Amtsjahren Macrons gegen eine Wohnungssteuer (trifft vor allem Geringverdiener, Auszubildende, Studierende), gegen die Befristung von Arbeitsverträgen (Bewegung „nuit debout“), gegen die Abschaffung der Reichensteuer und die großen Auseinandersetzungen über eine neue, grundlegende Rentenreform sind Ausdruck dieses Frusts und Protests. Diese sozialen Kämpfe fokussierten sich in der auch international bekannt gewordenen Gelbwesten-Bewegung, die zum Teil mit brutaler Polizeigewalt und der Konsequenz vieler Verletzter bekämpft wurde.



Foto: Paul Leuck, Gelbwestenstand an einem Rond Point in Arles, 2019

Ökologische Streikbewegung

Zu dieser sozialen Bewegung kam eine sich immer stärker bemerkbar machende ökologische hinzu. Die internationalen Diskussionen um einen Klimawandel, die vor allem in den Demonstrationen der Fridays For Future – Bewegung ihren Ausdruck fanden, haben auch in Frankreich einen starken Reflex in den gleichnamigen Vendredi Pour Le Futur-Protesten gefunden. Hinzu kamen die Bewegungen Extinction Rebellion sowie Initiativen wie Youth for Climate France und Citoyens pour le Climat.

Die Aktivitäten dieser vor allem von jungen Leuten angeführten Bewegungen fallen auf fruchtbaren Boden, da seit Jahren Umweltthemen wie Verkehrskollaps und Luftbelastung vor allem in den großen Städten und der Région Parisienne an Bedeutung gewinnen.

Grüne im Aufwind

Die Anhänger dieser jugendlichen Protestbewegung haben sich vielleicht weniger abhalten lassen zur Wahl zu gehen und so unter Umständen einen zentralen Beitrag zu den Wahlsiegen im zweiten entscheidenden Wahlgang der von den Grünen angeführten bzw. unterstützten Listen in den großen Städten geleistet. Neben Paris, wo die sozialdemokratische Bürgermeisterin Anne Hidalgo dank grüner Unterstützung ihre Position behaupten konnte, sind hier vor allem Marseille, Lyon, Strasbourg, Tours, Bordeaux, Besançon, Poitiers, Nantes, Montpellier, Nancy, Rennes, Clermont-Ferrand und Grenoble mit grünen Stadtoberhäuptern zu nennen.

Sozialdemokraten und Konservative halten die Stellung

Darüber hinaus können die Sozialdemokraten (Parti Socialiste) nicht als abgeschrieben gelten wie es nach der Wahl Macrons 2017 zum Präsidenten schien. Sie hatten keine Stimmenverluste in ihren traditionellen Hochburgen Lille, Rennes, Dijon, Nantes und Nancy. Dies erklärt auch den Erfolg einer neuen Bündnispolitik von Grünen, Sozialdemokraten und verschiedenen Parteien des linken Spektrums wie die des ehemaligen Sozialdemokraten Jean-Luc Mélenchon. Er ging immerhin mit seiner Partei La France Insoumise (Aufrechtes Frankreich) als drittstärkste Kraft aus den Präsidentschaftswahlen 2017 hervor.

Gleichwohl dürfen diese Erfolge „grüner Bündnisse“ in den Groß- und mittelgroßen Städten nicht darüber hinwegtäuschen, dass ebenso die konservative Partei (Les Républicains), die mit Sarkozy von 2007- 2012 den Präsidenten gestellt hat, ihre Bastionen vor allem auf dem Land und in den Kleinstädten hat halten können. So bekleiden ihre rechtsbürgerlichen Kandidaten*innen in etwa der Hälfte der Orte mit über 9000 Einwohnern, d. h. in mehr als 35000 Kommunen, die Bürgermeisterämter.

Macrons „Bewegung der Mitte“ (LaREM) von Auflösung bedroht

Der Versuch seiner Partei, in 76 Orten wie in Strasbourg grüne und linke Kandidaten nach dem Scheitern im ersten Wahlgang durch ein Bündnis mit den Konservativen zu verhindern, misslang ebenso wie der Versuch, in größeren Städten wieder Boden zu gewinnen. Nach der gestärkten Position der Sozialdemokraten und Konservativen droht ihm darüber hinaus ein drittes Fiasko. Er verfügt über keine Mehrheit mehr im Parlament, nachdem 17 LaREM-Abgeordnete eine eigene Fraktion „Ecologie, Démocratie, Solidarité (EDS)“ gegründet haben. Sie wollen weiterhin dafür eintreten, wofür Macron bei den Präsidentschaftswahlen angetreten ist und jetzt mit seinen Mitte/Rechts-Bündnissen nicht mehr steht. In Umfragen sollen dies nahezu vier Fünftel der Bürger*innen ebenso sehen.

Demgegenüber soll eine deutliche Mehrheit der Wähler*innen das Grundanliegen seines größten Reformprojektes billigen, ein einfacheres, gerechteres Rentensystem mit einer einheitlichen Rentenversicherung zu schaffen, in die auch Beamte, Angestellte im öffentlichen Dienst und Selbständige einzahlen.

Ein Paradox stellt dann dar, dass 65% der Franzosen die sozialen Proteste unterstützen, vermutlich auf Grund der Diversität der Anliegen.

Macrons Klimakonvention als Antwort auf den Wahlerfolg der Grünen

Macrons Perspektiven für eine Wiederwahl könnten steigen, wenn auch er ein Paradox bedient, nämlich seine Politik mit einer ökologischen Wende zu ergänzen. Dies erschiene wohl aber unglaubwürdig, weil das Ziel, lediglich den Zeitgeist zu bedienen, leicht durchschaubar ist.

Gleichwohl hat er dies nicht nur im Lichte einer bereits zunehmenden Akzeptanz grüner Politik seit den Erfolgen bei den Europawahlen und der Streikbewegung der Gelbwesten angedeutet, sondern bereits vor den Kommunalwahlen entsprechende Maßnahmen ergriffen. Um die Gelbwesten-Proteste gegen die Klimaaktivisten auszuspielen hat er eine so genannte Klimakonvention aus 150 Bürgern bilden lassen, die nach dem Losverfahren, also zufällig

ausgewählt wurden. Sie sollten in neumatiger Debatte Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung diskutieren und in einem Bericht vorstellen.

Hintergrund: die Gelbwesten-Proteste hatten ihren Ursprung in der als ökologisch verkauften Heraufsetzung der Treibstoffsteuer. Letztlich sollte sie dazu dienen, den Staatshaushalt zu entlasten. In einem Flächenstaat wie Frankreich hätte dies natürlich in erster Linie die vielen Berufspendler auf dem Lande belastet, da sie auf das Auto angewiesen sind auch mangels ausreichender Infrastruktur für öffentlichen Nahverkehr.

Die Ergebnisse dieser Klimakonvention sind wohl eher ein verzweifertes Paket von gut gemeinten Maßnahmen (Besteuerung von Dividenden, Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn von 110 km/h, Förderung von Gebäudedämmung, Verbot von Terrassenheizung und stark umweltbelastenden Autos in den Innenstädten u.s.w.), die lediglich eine begleitende Funktion gegen die Klimaerwärmung haben könnten. Zudem haben sie keinerlei politische Legitimation.

Es ist reine Schaufensterpolitik Macrons, der in hilfloser Aktion zu suggerieren versucht, sich auch in die zunehmende Klimadiskussion einzubringen.

Denn grundlegend hat die sozial-liberal angetretene Bewegung der Mitte und nun wirtschaftsliberal ausgerichtete Macron-Partei LaREM kein Interesse, substantielle ökologische Reformen einzuleiten. Sie versucht demgegenüber mit ein paar soften, so genannten Greenwashing-Methoden, der grünen Bewegung die Spitze zu nehmen statt die größten CO₂ – Emittenten, die Industrie-und Energiewirtschaft mit ihren gewaltigen weiterhin auf ungebremstes Wachstum ausgerichteten Kapazitäten nach und nach klimafreundlicher zu gestalten.

So gibt es nicht einmal ein ernsthaftes französisches Ausstiegsszenario für die Hochrisiko-Technologie Atomkraft ganz im Sinne übrigens des Green Deal der Europäischen Kommission, die die Reduzierung der Atommeiler auch nicht in ihren Maßnahmenkatalog aufgenommen hat.

Die Bürgermeisterinnen von Paris und Marseille - „grüner Frühling“ ?

Einen ernsthaften Aufbruch in eine sozial-ökologisch ausgerichtete Politik könnte zum Beispiel die wiedergewählte Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo von der sozialdemokratischen Partei (Parti Socialiste) verkörpern, die über einen entsprechenden nationalen Bekanntheitsgrad verfügt und langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den Grünen hat.

Vielleicht aber noch eher die als große Überraschung der Kommunalwahlen neu gewählte grüne Bürgermeisterin der zweitgrößten Stadt Frankreichs, Marseille, die 63-jährige Ärztin Michèle Rubirola.

Sie verfügt zwar noch nicht über einen ausreichenden nationalen Bekanntheitsgrad, aber sie könnte auf Grund ihrer politischen Vita am glaubwürdigsten die französische Linke zusammen mit der jungen Umweltbewegung in ein sozial-ökologisches Bündnis führen.

Sollten die Umweltdemonstrationen in den nächsten Jahren weiter an Kraft gewinnen und die sozialen Konflikte von Macron nicht entschärft werden, könnte sie vereint mit Anne Hidalgo mit einem ökologisch-sozialen Projekt bereits im ersten Wahlgang mehr Stimmen als Macron für ihr Bündnis erzielen und in einem zweiten Wahlgang gegen den Rassemblement National von Le Pen sicherlich gewinnen.

Voraussetzung ist, dass die Stimmenverluste der rechtsextremen Partei Marine Le Pens bei diesen Kommunalwahlen eine Trendwende darstellen und längerfristig wirken.

Das größte Problem wäre für sie jedoch, die verschiedenen Parteien links von der Mitte mit der Umweltbewegung zusammen zu bringen, sind doch gerade die französische Linke und

auch die Grüne Partei für Dauerstreit bekannt. So wurde Michèle Rubirola aus ihrer grünen Partei (Europe-Ecologie-Les Verts) im letzten Jahr ausgeschlossen, als sie sich gegen den wenig innovativen Kurs ihrer Parteiführung wandte.

Umweltaktivistin seit der grünen Gründungsphase

Politisch groß geworden ist sie in der ersten Stunde der Grünen Frankreichs in den 70-er und 80-er Jahren bereits im Kampf der Feministinnen gegen das Abtreibungsverbot. Es folgte ihr Einsatz in zahllosen, nicht nur von der regionalen Bevölkerung stark unterstützten Demonstrationen gegen die militärische Nutzung der Hochebene von Larzac in Okzitanien, Weltkulturerbe der UNESCO.

Als Ärztin eröffnete sie ihre Praxis in einem Armenviertel von Marseille und entwarf ein Präventivprogramm für chronisch Kranke, das letztlich auch von der Krankenversicherung übernommen wurde.

Weitere grüne Glaubwürdigkeit erwarb sie sich im Einsatz gegen den Bau von Atommeilern und eines Schnellen Brütters im Rhône-Tal.

In Marseille hat sie sich dann in den letzten Jahren hohe Anerkennung erworben, in dem sie sich gegen die dort allseits bekannte Vetternwirtschaft und Korruption wandte. Sie machte sich zum Beispiel mit ihren Mitstreitern in Stadtparlament, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen dafür stark, das mit einem Volumen von einer Milliarde Euro ausgestattete Vorhaben der städtischen Oligarchie für eine Öffentliche-Private-Partnerschaft zur Sanierung maroder Schulgebäude abzulehnen. Dieses Projekt wurde von Bauunternehmern, Architekten, Bankern und der konservativen Politikerelite lanciert und hätte die städtischen Finanzen bei schneller Realisierung zugunsten privater Profiteure langfristig viel stärker belastet als regelmäßige öffentliche Investitionen in städtische Gemeinschaftsanlagen.

Die Politik Michèle Rubirolas kennzeichnet eine konsequent unbestechliche Linie von ihren ersten Kämpfen an als Feministin über die „Generation Larzac“ der Grünen und der Anti-Atomkraftbewegung mit der ersten Grünen Ministerin Dominique Voynet und ihrem Erfolg der Verhinderung des Schnellen Brütters.

Grüne Bewegung <Printemps Marseillais>

Sie entschloss sich, bei den Kommunalwahlen mit einer eigenen Liste, der Bündnisliste „Marseiller Frühling“, <Printemps Marseillais>, mit Sozialdemokraten, Mitgliedern der Linkspartei „Aufrechtes Frankreich“, Grünen, Kommunisten und Bürgerinitiativen gegen die offizielle Liste der nationalen grünen Partei <EELV> anzutreten. Die offizielle Grüne Liste landete im ersten Wahlgang auf abgeschlagenem Platz und schloss sich dann im entscheidenden zweiten Wahlgang der Liste <Printemps Marseillais> notgedrungen an. Das zweite Husarenstück musste Michèle Rubirola dann noch bei der Wahl zum Stadtoberhaupt durch die neu gewählten Stadtverordneten vollbringen. Die skandalträchtige Spitzenkandidatin der Sozialisten Samia Ghali machte ihre Unterstützung der Wahl Rubirolas von der Ernennung zur stellvertretenden Bürgermeisterin inklusive Dienstwagen abhängig. Rubirola lehnte ab auch auf die Gefahr hin, selbst nicht gewählt zu werden. Schließlich gab Ghali nach, nicht zuletzt sicherlich auf Druck ihrer Partei und sicherte damit Rubirola eine wenn auch knappe Mehrheit für das Amt der Bürgermeisterin.

Michèle Rubirola hat ihr „Gesellinnenstück“ mit ihrer glaubwürdigen Arbeit auch in Marseille damit bereits abgeliefert.

Auf Distanz zur grünen Partei

Michèle Rubirola ist eine glaubwürdige Vertreterin einer Politik, die nicht wie Teile der grünen Partei vertreten, lediglich Greenwashing betreiben will: „an der Oberfläche kratzen“ gegen Terrassenheizungen der Gastronomie, für eine Herabsetzung des Tempolimits, mehr Radwege usw.

Sie steht vor allem für die Reduzierung der CO₂ – Emissionen des militärisch-industriellen Sektors mit seinem nicht begrenzten imperialen Wachstumsmodell, das für den weitaus größten Teil der Treibhausgasemissionen verantwortlich ist.

Hintergrund:

Frankreich zählt nach den USA und Russland zum drittgrößten Waffenexporteur weltweit. Die Gewinnung des Urans im afrikanischen Niger für die größte Atommeilerkonzentration im Land, weltweit gemessen an der Bevölkerungszahl, stellt eine CO₂ – Schleuder ungeheuren Ausmaßes dar.

Mit ihrem Einsatz in der grünen Bewegung wendet sie sich gegen die Privatisierung der Gewinne und auch hier gegen die staatliche Schuldenübernahme zum Beispiel bei der Endlagerung der gewaltigen Mengen radioaktiver Abfälle. Diese ist in riesigen unterirdischen Kavernen in Lothringen geplant. Sie wendet sich darüber hinaus gegen die auch vom französischen Steuerzahler hoch subventionierte europäische Landwirtschaft, für deren Folgeschäden (Verseuchung des Grundwassers u.s.w.) auch die Allgemeinheit aufzukommen hat.

So hätte sie sicherlich vor dem Hintergrund dieses politischen Programms die größten Chancen, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen eine sozial-ökologische Bewegung mit dem Ziel der Einleitung einer Gemeinwohlökonomie zu initiieren. Sozialdemokraten, Grüne, Linke, Umweltverbände und junge Klimaaktivisten könnten somit gemeinsam gegen Macron in Stellung gebracht werden.

Staatspräsident Macron wird um eine politische Antwort nicht verlegen sein. Er wird seinem ersten Schritt mit einer Klimakonvention sicherlich weitere folgen lassen, wenn aus seiner Perspektive ein sozial-ökologisches Bündnis ihm bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in 2 Jahren gefährlich werden könnte.

Fraglich bei all dem ist aus jetziger Sicht, wie die Antworten der politischen Lager auf die Pandemie-Bewältigung (vor allem Optimierung der Krankheitsvorsorge) ausfallen. Sie könnten letztlich wahlentscheidend sein.

Paul Leuck, Juli 2020

Quellen:

Le Monde, 29 juin 2020, rosalex.eu, 1. Juli 20 (s. Ethan Earle), FAZ, 1. u. 6. Juli 20, der Freitag, 2. u. 16. Juli 20, Deutsch-Französisches Institut: dfi-aktuell, 1 u. 3 2020, Le Figaro, 22 juin 20, Le soir, 29 juin 20.

